

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 33. 35. Jahrg.

18 August 1922

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT- u. KUPFERDRUCKER, FORMSTECHEUR u. VERW. BERUFE

Abonnement. Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis: 10 Mk. (inkl. Zustellung pro Quartal). Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573). Für die Länder des Weltpostvereins 20 Mk.

Redaktion:

Hans Ronnger, Berlin N 24, Eisagerstr. 86-88 III. Redaktions-
schluß: Montag. Telefon: Amt Norden 4268.
Verlag: Johannes Haß, Berlin N 24 :: Druck und Expedition:
Conrad Müller, Schkendits-Leipzig, Augustastraße 8-9.

Insertion. Für die viergespaltene Nonpareillezelle oder deren Raum 4.- Mk., bei Wiederholung Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 2.- Mk. pro Zeile. Bellagen nach Oberelzkunft. - *Zuschriften an die Expedition erbeten.*

Inhalt:

Hauptteil: Bekanntmachungen. Das Verbandsorgan im Urteil des Verbandstages. Rundschau. An die Arbeiter der Welt. Geldvermehrung, Preissteigerung, Lohnpolitik. - **Allgemeines:** Vom Soziallohn. An die Kollegenschaft von Rheinland und Westfalen. Ortsberichte: Aachen, Breslau. - **Der Betriebsrat:** Die Betriebsräte im neuen Verbandsstatut. - **Die Tapetenbranche:** Lohnverhandlungen im Formstechergewerbe. - **Feuilleton:** Ewige Worte über den Krieg. Amerikanisches. Europäisches. - **Adressen-Änderungen.** - **Eingegangene Schriften.** - **Anzeigen.**

Bekanntmachungen.

Der Typographische Verband Bulgariens, dem auch unsere Kollegen angehören, steht vor einer Lohnbewegung. Die bulgarischen Unternehmer bemühen sich, ausländische Arbeitskräfte namentlich von Deutschland, der Tschecho-Slowakei und Österreich zu engagieren. Wir warnen vor jeder Stellungnahme nach Bulgarien.

Infolge Verletzung der Tarifgemeinschaft durch die Laibacher Prinzipale, ist das Gebiet des Verbandes der Graphischen Arbeiter in Jugoslawien für alle Graphischen Arbeiter strengstens gesperrt. Zuzug ist ebenfalls fernzuhalten. Es handelt sich hier um einen ganz skrupellosen Angriff der Laibacher Reaktionen auf die vor kurzer Zeit abgeschlossene Tarifgemeinschaft. Da diese Prinzipale die tariflichen Abmachungen mißachten, trotzdem sie von den paritätischen Tarifinstanzen zu deren Einhaltung aufgefordert worden sind, so ist es Pflicht aller Kollegen, die Graphischen Arbeiter Jugoslawiens durch treue Kollegialität zu unterstützen.

An alle Gau- und Ortsvorstände.

Untern 9. August 1922 versandten wir *Rundschreiben Nr. 1*, das wir der dringenden Beachtung empfehlen.

Sollte diese Sendung irgendwo nicht eingegangen sein, so bitten wir um Mitteilung, damit Zusendung noch einmal erfolgen kann.

Der Vorstandsvorstand.

Nachtrag VIII

zum Tarifvertrag für das Deutsche Formstechergewerbe.

Die beiden Vertragsorganisationen, der Verband Deutscher Formstechereibesitzer und der Verband der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe, haben in einer Verhandlung am 10. August 1922 in Hannover folgende Änderung der tariflichen Bestimmungen beschlossen:

Der im § 3 festgesetzte Mindestlohn beträgt vom 12. August bis einschließlich 1. September 1922:

	Mk.
im ersten Jahre nach der Lehrzeit	32,-
„ zweiten „ „ „ „	33,50
„ dritten „ „ „ „	35,50
vom 21. bis 24. Jahre	37,50
über 24 Jahre	40,-

Die Formstecher für Linoleumdruck und die selbständigen Stecher in Fabriken erhalten in allen Klassen Mk. 1,- pro Stunde mehr als den oben genannten tariflichen Mindestlohn.

Hannover, den 10. August 1922.

Verband Deutscher Formstechereibesitzer:
Hans Hiedemann.

Verband der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe:
Ernst Herbst.

Das Verbandsorgan im Urteil des Verbandstages.

Neben der Wertung der vergangenen Arbeit der Verbandsleitung und Beurteilung der Verbandsführung steht auf jedem freigewerkschaftlichen Verbandstage an zweiter Stelle die Verbandspresse im Lichtkegel der Kritik. Denn die Aufgaben der Gewerkschaftspresse sind genau so vielgestaltig wie die Aufgaben der Gewerkschaften selbst. Liegt es der Gewerkschaft ob, als wirtschaftliche Interessenvertretung der in ihr zusammengeschlossenen Arbeiter eines oder mehrerer Berufe oder einer ganzen Industrie die wirtschaftlichen Interessen mit allem Nachdruck zu vertreten, so kommt für die Gewerkschaftspresse neben dieser Aufgabe noch hinzu, daß sie die aus der subjektiven Betrachtung der Entwicklung geborenen Einzelmeinungen und Einzelwillen in das Bett gemeinsamer Tätigkeit, also gemeinsam tätig gewordenen Willens zu leiten hat. Oder mit anderen Worten gesagt, die Gewerkschaftspresse hat die Aufgabe, wenn sie wirklich ihr Amt als Führerin ausfüllen will, durch Abstraktion das Gemeinsame aus den vielen Einzelwillen herauszuziehen und als Blickpunkt aufzurichten, um der praktischen Tagesarbeit Ziel und Richtung zu geben. Es ist deshalb erstes Erfordernis jedes freien Gewerkschaftsblattes, daß es von gesunden proletarisch-gewerkschaftlichem Geiste erfüllt ist. Gesunder proletarischer Gewerkschaftsgeist aber ist das rückhaltlose Bekenntnis zum Sozialismus und der Wille, diesem Wirtschafts- und Gesellschaftszustande den Weg zum Sein freizumachen. Jedes Gewerkschaftsblatt hat deshalb die weitere Aufgabe, unter Beachtung der durch die Verbandstage gegebenen Beschlüsse und Richtlinien und in Übereinstimmung mit der Verbandsleitung, das Verständnis der Kollegen für die großen Zusammenhänge aller Fragen in Wirtschaft und Gesellschaft zu fördern, ihnen das Wesen des Sozialismus nahe zu bringen und sie zu Klassenkämpfern zu erziehen.

So war die grundsätzliche Einstellung unserer „Graphischen Presse“ seit den Tagen von Magdeburg und diese Einstellung stand auf dem Verbandstage in erster Linie zur Beurteilung. Das Urteil ist ausgefallen, wie es von klassenbewußten Arbeitern nicht anders abgegeben werden konnte. Die grundsätzliche Einstellung unseres Verbandsorgans hat allseitig Zustimmung gefunden, trotzdem der Meinung Ausdruck gegeben worden ist, daß in Zukunft die einzelnen Probleme noch eingehender und tiefgründiger behandelt werden möchten. Man hat seit Magdeburg einen annehmbaren Fortschritt konstatiert und gewünscht, auch beim nächsten Zusammentritt unseres Verbandsparlamentes ein gleiches Urteil abgeben zu können. Der Kollegenschaft ist dringlich nahegelegt worden, ständig unserm Verbandsorgan größte Aufmerksamkeit zu schenken und es nicht nur halb gelesen aus der Hand zu legen. Gleich günstig wurde auch unsere „Graphische Jugend“ beurteilt. Unter allseitiger Zustimmung des Verbandstages wurden von einem Delegierten die warmen Worte der Schriftleitung bei der

mündlichen Ergänzung des schriftlich erstatteten Berichtes der Redaktion für unsere Jugend unterstrichen und dem Wunsche Ausdruck gegeben, daß auch in Zukunft für unsere Jugend gewirkt wird, wie es unsere Pflicht ist und in unsern Kräften steht. Dem Wunsche der Redaktion, der zugleich der Wunsch der Zentral-Lehrlingskommission und vieler örtlicher Abteilungen unserer Lehrlinge war, unter Zustimmung des Verbandsvorstandes, des Verbandsausschusses und des Verbandsbeirates zu gegebener Zeit zum Zwecke einer besseren Behandlung von Fachfragen unsere „Graphische Jugend“ im Umfang zu erweitern, wurde einstimmig Rechnung getragen.

Selbstverständlich ist trotz Billigung der grundsätzlichen Haltung unserer „Graphischen Presse“ mancher Ausstand gemacht worden. Die gemachten Ausstände betrafen aber fast ausschließlich Artikel, die aus der Feder von Kollegen stammten. Hier aber hat die Schriftleitung ein ganz besonders schwieriges Gebiet zu bearbeiten. Es muß auch in Zukunft für die Schriftleitung Grundsatz sein, daß unser Verbandsorgan Sprachrohr der Kollegenschaft ist. Soweit nicht durch eingesandte Arbeiten zum Verstoß gegen unsere Grundsätze oder Beschlüsse der zuständigen Verwaltungsorgane aufgefordert wird, muß der Meinungsfreiheit Raum gegeben werden. Nur wenn Gefahr für die Gesamtheit besteht, hat die Schriftleitung nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, vorbeugend zu wirken. Und wie die Kollegen, muß auch die Schriftleitung tolerant genug sein, abweichenden Meinungen, sachlich zum Ausdruck gebracht, Platz zu gewähren.

Leider haben die Kollegen in der vergangenen Berichtsperiode das Verbandsorgan zum Meinungsaustausch nicht so in Anspruch genommen wie es in unsern Verbände bisher üblich war. Ganz besonders kurz vor dem Verbandstage herrschte in dieser Beziehung eine Ruhe über den Wassern, die direkt etwas unheimlich wirkte. Auch das war Gegenstand der Aussprache auf dem Verbandstage. Wenn auch der Vorwurf einer gewissen Geistesträgheit der Kollegen von einer Reihe von Diskussionsrednern durch die Verhältnisse begründet hingestellt und hervorgehoben wurde, daß die Redaktion im allgemeinen dem Wünschen und Wollen der Kollegen Ausdruck verliehen hätte, so bleibt doch bestehen, daß trotz stärkster Anspannung aller Funktionäre durch die ständigen Lohnbewegungen infolge fortwährender Senkung des Reallohns die sachlichen Auseinandersetzungen im Verbandsorgan über die zukünftigen Wege organisatorischer Tätigkeit nicht so zur Erörterung gekommen sind, wie es sein muß und wie es notwendig ist. Nicht nur die Leitung soll aus der geübten Kritik auf dem Verbandstag ihre Lehren ziehen, sondern auch die Kollegenschaft, und wie die in offener Abstimmung nur gegen 1 Stimme mit allen Stimmen wiedergewählte Schriftleitung unseres Verbandsorgans sich bemühen wird, auch in Zukunft unsere „Graphische Presse“ so zu führen, daß jeder Kollege die Verbandszeitung gern in die Hand nimmt, so muß sich auch die Kollegenschaft befleißigen, alle die Allgemeinheit inter-

essierenden Vorgänge schnell der Schriftleitung zugänglich zu machen, damit sie der Kollegenschaft zur allgemeinen Kenntnis gebracht werden können. Um uns klar und unzweideutig zusammenzufassen: Es ist dringender Wunsch der Schriftleitung, alle geistig regsamen Kollegen zu Mitarbeitern am Verbandsorgan zählen zu dürfen.

Diese Mitarbeit kann sich in den verschiedensten Aufgabengebieten bewegen. Neben den allgemeinen wirtschafts-politischen Fragen gilt es die verbandspolitischen und verbandstaktischen Fragen einer laufenden Betrachtung zu unterziehen. — Den Betriebsräten ist ein besonderer Platz zur Aussprache über ihre besonderen Angelegenheiten eingeräumt worden. Ist auch in der vergangenen Berichtsperiode von verschiedenen Kollegen in Einzelabhandlungen der Teil für die Betriebsräte als besonders beachtlich bezeichnet worden, so mangelt es doch noch nach verschiedenen Seiten hin. Besonders die in der Praxis gemachten Erfahrungen müßten mehr in den Vordergrund der gegenseitigen Hilfe gestellt werden, damit die Betriebsräte Anhalte in gleichen Situationen finden. Noch lange nicht erfüllen alle unsere Betriebsräte ihre Pflicht so, wie es sein müßte und wie es das BRG gestattet. Als Beweis dieser Behauptung, die auch auf dem Verbandstage wiederholt aufgestellt wurde, wurden geradezu klassische Beispiele ans Licht des Tages gezogen. Hier muß Wandelung zum Besseren eintreten! Die gegenseitige Unterweisung unter Benutzung unserer Betriebsrätepalte muß stärker einsetzen. Sie wird dann hundertzählige Frucht tragen und weiterer Ausdruck sein unseres Ringens um eine bessere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. — In gleicher Weise gilt es auch mitzuarbeiten an der Ausgestaltung unserer Spartenanteile. Dürften auch mit Zunahme der organisatorischen Konzentration Spartenfragen im Verbandsorgan mehr in den Hintergrund gedrängt werden, so ist doch manches für die Gesamtorganisation so wichtig, daß es nicht unerörtert bleiben darf. Von der Schriftleitung zu verlangen, auch hier in allen Einzelheiten zu Hause zu sein, wäre ein unbilliches Verlangen. Die Sparten müssen deshalb ihre Wünsche und Forderungen zum Vortrag bringen, damit sie im Zusammenhang mit der Gesamtverbandsarbeit Berücksichtigung finden können. — Die Allgemeinbildung zu fördern, ist ebenfalls Gelegenheit gegeben. Unser Feuilleton stand bisher auf hoher Warte. So soll es auch bleiben. Eine besonders scharfe Durchsicht der Einsendungen ist deshalb unumgänglich notwendig. Fühle sich deshalb niemand zurückgesetzt, wenn eine Arbeit einmal als zu leicht befunden wird. — Die technische Ausbildung der Kollegen durch das Verbandsorgan mag heute ausschalten. In Kürze wird in einer besonderen Abhandlung zu dieser Frage Stellung genommen werden.

Und nun noch ein Wort zur Berichterstattung der Mitgliedschaften. Die Art, wie ein Teil der Mitgliedschaften ihre Unzufriedenheit in der Hauptsache über getätigte Lohnvereinbarungen im Verbandsorgan zum Ausdruck gebracht hat oder zu bringen versuchte, hat vom Verbandstag glatte Abweisung gefunden. Unter Zustimmung des Verbandstages konnte der bisherige Vorsitzende der Pressekommission ausführen, daß die Art, wie manche Mitgliedschaften in der Presse zu berichten pflegen, die Kollegialität stark tangieren. Dem müßte auf das Entschiedenste entgegengetreten werden. Auch ohne den kollegialen Ton zu verletzen sei es möglich, mit der äußersten Schärfe seine Meinung zum Ausdruck zu bringen. Wir müssen uns diesen Ausführungen anschließen und bemerken ergänzend, daß auf die vorgeschlagene Weise ganz ohne Zweifel der gewollte Zweck viel eher erreicht wird. Denn noch gilt bei jeglicher Beurteilung: Wer schimpft oder mit Schlagworten nur so um sich herumwirft, hat sachlich zumeist recht wenig zu sagen. Aber

der Sache soll unser ganzes Tun doch nur gelten. Deshalb wäge man auch bei Abfassung von Berichten recht sorgsam die Worte, damit man nicht gerade das Gegenteil vom Gewollten erreicht.

Alles in allem hat unser Verbandsorgan auf dem Verbandstag eine Würdigung gefunden, auf die nicht nur die Redaktion, sondern die gesamte Kollegenschaft stolz sein kann. Beseitigen wir noch die mit Recht gerügten Mängel und bemühen wir uns in gemeinsamer Arbeit noch tiefer in die Dinge, die die Welt bedeuten, einzudringen, dann ist bei erneuter Beratung der Aufgaben des Verbandes und seiner taktischen Einstellung der Blick in die Zukunft weit klarer. Voraussetzung für diesen klaren Blick ist jedoch, daß jeder Kollege sein Verbandsorgan laufend mit größter Aufmerksamkeit liest und keine Gelegenheit vorübergehen läßt, das Gelesene in den Mittelpunkt der kollegialen Aussprache zu drängen. Denn nur so wird der Boden für eine tiefgründige Erörterung aller Probleme bereitet, die uns allein vorwärts bringen kann. Das Verbandsorgan wird seine Pflicht erfüllen. Der Wille dazu ist wenigstens vorhanden. Kollegen, tut auch ihr eure Pflicht! Denn unser Verbandsorgan soll und muß eine Zierde des klassenbewußten Proletariats sein.

Wollt, weil ihr müßt!

Rundschau.

Wilhelm Klein †. Am 3. August verstarb der langjährige Hauptkassierer des Zentralverbandes der Maschinisten und Heizer, Genosse Wilhelm Klein, am Gehirnschlag im Alter von 66 Jahren. Er war eines der ältesten Mitglieder der Organisation. Schon im Jahre 1887 trat er dem Fachverein in Berlin bei und nahm hervorragenden Anteil daran, die Fachvereine zu einer Zentralorganisation zusammenzuschließen. Seit der Gründung des Verbandes der Maschinisten und Heizer, die im Jahre 1892 erfolgte, war Klein eifrig am Aufbau der Organisation tätig. 23 Jahre war Genosse Klein Kassierer der Hauptkasse. Im Sommer vorigen Jahres mußte er einer Nervenheilanstalt zugeführt werden; dort ist er auch vor wenigen Tagen verstorben.

Gewerkschaftsausstellung in Hamburg. In der Zeit vom 17. bis zum 27. August findet in Hamburg eine Kulturpropaganda-Woche unter dem Namen *Übersee-Woche* statt. Im Gegensatz zu den sonst in Deutschland stattfindenden Messen hat diese *Übersee-Woche* einen reinen Ausstellungscharakter und soll der Wiederherstellung der kulturellen Beziehungen zwischen Deutschland und dem Ausland dienen. Der Ortsausschuß Hamburg des ADGB, hat es sich nicht nehmen lassen, im Rahmen dieser *Übersee-Woche* dem Auslande zu zeigen, welche hohe kulturelle Bedeutung gerade das Gewerkschaftsleben in Deutschland hat. Er hat unter sehr schwierigen Umständen eine Fülle von Material zusammengetragen und wird in sämtlichen Räumen des Gewerkschaftshauses (Besenbinderhof) ein Bild der Gewerkschaftsentwicklung Deutschlands und des Auslandes geben. Die Ausstellung teilt sich in folgende Abteilungen:

1. Gewerkschaftsliteratur mit Verkaufsstand.
2. Die deutsche Gewerkschaftspresse und ihre Entwicklung.
3. Die wirtschaftlichen Organisationen der Arbeitnehmer in Deutschland; die Entwicklung ihrer Stärke. Unterstützungseinrichtungen, Tarifpolitik, Lohnkämpfe, Bildungsbestrebungen.
4. Das Verhältnis der deutschen Bewegung zur internationalen Arbeiterbewegung.
5. Entwicklung der sozialen Einrichtungen.
6. Kulturelle Bestrebungen.
7. Deutsches Betriebsrätewesen.
8. Krieg, Friedensvertrag und Arbeitnehmerbewegung.

Außerdem sind sechs Vorträge vorgesehen. Grafmann, Berlin, wird sprechen über „Wiederaufbau und Gewerkschaften“. „Der deutsche Arbeitnehmer in der Volkswirtschaft“ und „Gewerkschaftliche Tagesfragen und Zukunftsziele“. Baumeister, Genf, wird sprechen über „Neuere Entwicklung der internationalen Sozialgesetzgebung“, „Völkerbund und Arbeitnehmerschaft“ und „Die internationale Gewerkschaftsbewegung“.

Diese Veranstaltung wird für die Gewerkschaftsbewegung über den Rahmen Hamburgs hinaus große Bedeutung erlangen. Interessenten wollen sich bitte Programm und Eintrittskarten durch das Sekretariat der *Übersee-Woche* in Hamburg oder vom Ortsausschuß Groß-Hamburg des ADGB, Besenbinderhof 57, einfordern. Sie werden kostenlos abgegeben.

Preiserhöhung für Lithographiesteine. Wie der Verband der Solthofer Lithographiestein-Industriellen, F. V., mitteilt, sieht er sich infolge fort-

währender Steigerung nicht nur der Arbeitslöhne, sondern auch der allgemeinen Betriebskosten, insbesondere der Hilfsstoffe gezwungen, die Preise für Lithographiesteine mit Wirksamkeit vom 28. Juli 1922 ab zu erhöhen. Da auch für diese Produkte eine Preiskonvention besteht, dürfen weder Mitglieder dieses Verbandes noch die Mitglieder des Verbandes der Lithographiesteinhandlcr unter den jeweils vom Verbands der Lithographiestein-Industriellen festgesetzten Preisen Lithographiesteine anbieten oder verkaufen. Des ferneren macht der Verband der Lithographiestein-Industriellen bekannt, daß die derzeitige unsichere wirtschaftliche Lage erzwingt, daß von jetzt ab sowohl seine Mitglieder wie die Mitglieder des Verbandes der Lithographiesteinhandlcr Aufträge nur zu freibleibenden Preisen annehmen dürfen.

Tagung des Reichsverbandes deutscher Einigungsämter für Miete, Pacht und Hypotheken. Die Tagung findet in Kassel statt und beginnt am 8. September, nachmittags 4 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen unter anderem Referate über Hauptfragen des Reichsmietengesetzes; Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes über Mieterschutz und Mieteinigungsämter (Stadttrat Brumbach, Berlin, Gewerkschaftssekretär Lange, Berlin, Stadttrat Humar, München); Auswahl und Ausbildung der Mitglieder der Mieteinigungsämter (Stadttrat Dr. Mende, Magdeburg); Grenzen der Wohnungszwangswirtschaft (Amtsgerichtsrat Dr. Lutz, Berlin) und; Eigenartige Mietverhältnisse vor dem Mieteinigungsamt (Rechtsanwalt Dr. Blume, Freiburg i. Br.). Anmeldungen sind bis zum 20. August an die Geschäftsstelle, Berlin-Neukölln, Dammweg 1, zu richten.

Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung. Der Reichsrat stimmte in seiner letzten Sitzung am 29. Juli d. J. einer Vorlage der Reichsregierung zur Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung zu. Die Unterstützung für Personen über 21 Jahre, die nicht im Haushalt eines anderen leben, sowie die Familienzuschläge werden durchschnittlich um 50 v. H. erhöht. Die neuen Sätze sollen am 1. August d. J. in Kraft treten. Eine entsprechende Verordnung wird im Reichsarbeitsblatt veröffentlicht werden.

Zunahme der Frauenarbeit in der Nachkriegszeit. Aus den Berichten der Preussischen Gewerbeaufsicht für das Jahr 1921 geht eine starke Zunahme der Frauenarbeit auch für die Zeit nach Beendigung des Weltkrieges hervor. Die Gewerbeaufsicht erstreckt sich auf alle Betriebe mit zehn und mehr Beschäftigten.

Es kommen für eine Gegenüberstellung in Betracht:

Betriebe	Beschäftigte insgesamt	Darunter Arbeiterinnen über 16 Jahre
1912	169.606	3.579.771
1913	175.436	3.633.618
1920	161.509	3.359.533
1921	174.211	3.649.503

Männliche erwachsene Arbeiter sind in der Gesamtzahl einbegriffen 2,662.152 im Jahre 1913 und 2,621.216 im Jahre 1921. Während also hier eine Verminderung um 40.936 Arbeiter zu verzeichnen ist, ergibt sich für die Arbeiterinnen im gleichen Zeitraum eine Zunahme um 89.486.

Die Industrie bedurfte nicht nur während der Kriegszeit der Frauen, aus den Berichten der Gewerbeaufsicht ergibt sich auch für 1920 auf 1921 eine Zunahme bei den Arbeiterinnen um 62.175 oder 8,7 Prozent, bei den erwachsenen Arbeiterinnen eine solche um 212.992 oder 8,9 Prozent. Es sind somit prozentuell ebensoviel Arbeiterinnen wie Arbeiter der Industrie einverleibt worden. Das Bestreben des Unternehmertums, am Arbeitslohn zu sparen, wo es irgend angeht, an Stelle von Männern Frauen zu beschäftigen, setzt sich auch in der Nachkriegszeit fort. Die Arbeiterinnen den Gewerkschaften zuzuführen, durch sie ihre Lohnverhältnisse zu verbessern trachten, das sind zwei der wichtigsten Gewerkschaftsaufgaben der Gegenwart; je besser dies gelingt um so mehr wird die Frauenarbeit aufhören, Konkurrentin der Männerarbeit zu sein.

Die freie Arztwahl. Die freie Arztwahl für die Mitglieder der Krankenkassen ist eine Forderung, die von den Ärzten unter Berufung auf das Vertrauensverhältnis zwischen Patient und Arzt, das eine Vorbedingung für den Heilerfolg bildet, aufgestellt wurde. Die Kassenvorstände und Verwaltungen haben diese Forderung durchweg abgelehnt, weil sie wußten, daß damit eine Verschwendung von Kassennitteln Tor und Tür geöffnet würde, die sie gegenüber den Versicherten nicht verantworten konnten. Interessant ist es nun wie selbst Ärzte, die an führender Stelle stehen über die freie Arztwahl denken. So schrieb schon vor einiger Zeit Professor Hellpach in den *Arztlichen Mitteilungen*: „Der Zulauf der Versicherten bei freier Arztwahl hängt von einem Verhalten des Kassensarztes ab, das mit ärztlicher Tüchtigkeit nichts zu schaffen hat.“ Noch skeptischer äußerte sich der Direktor des Hamburg-Eppendorfer Krankenhauses, Professor Brauer, im April dieses Jahres auf der Tagung der Deutschen Gesellschaft für innere Medizin in Wiesbaden. Er führte aus: „... und würde man selbst eine wirkliche freie Arztwahl schaffen können, so würden unter dem heutigen System doch nie und nimmer uns vier

die alten freien Ärzte gegeben sein. Die Ärzte bleiben unter dem Druck der Kassenvorstände oder unter dem Druck von den Begehrlichkeiten der Patienten, die nichts mit Krankheitsheilung oder Verhütung zu tun haben. Eine Ursache der Mißstände in der Krankenversicherung erblickt Professor Brauer darin, ... daß das Krankenversicherungsgesetz von Beginn an als eine Motivvorschrift für die Kasse den vollständig unentgeltlichen Kassenarzt zusicherte, zu diesem Zwecke dem Patienten die wirtschaftliche Auseinandersetzung mit dem Arzt auf die Kasse übertrug. Damit wurden die alten ethischen, auf persönlichem Vertrauen aufgebauten Beziehungen zwischen Arzt und Patient gestört und ausschließlich bürokratisch geregelt. Er fährt dann fort: ... Und weil dem so ist, deswegen muß jegliche Form der beamteten Ordnung des ärztlichen Berufs; auch jene in der Form des vertraglich abgefundenen, unentgeltlichen Kassenarztes gestrichen werden. ... Es bliebe dabei der Kasse unbenommen, dem Patienten die von ihm bezahlten ärztlichen Honorarforderungen ganz oder geteilt zu ersetzen. ... Brauers Ausführungen haben, wenn sie auch teilweise über das Ziel hinausschießen, viel für sich. Besonders erwägenswert ist es, die jetzige freie ärztliche Behandlung durch eine Geldleistung abzufinden. Dadurch erhalten die Kassenmitglieder die Möglichkeit, wirklich den Arzt ihres Vertrauens wählen zu können. Sie können dann auch zu Ärzten gehen, die nicht in den Bahnen der Schulmedizin wandeln (Homöopathen, Vertreter der Naturheilkunde usw.). Es empfiehlt sich deshalb, eine Gesetzesänderung in diesem Sinne mit allen Kräften anzustreben.

An die Arbeiter der Welt!

Die Exekutivkomitees des Internationalen Gewerkschaftsbundes (Amsterdam), der Zweiten Internationale (London) und die Internationale Arbeitersozialistische Sozialistische Parteien (Wien) sind zum ersten Male zu gemeinsamer Beratung zusammengetreten.

Nach Prüfung der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Lage Europas und ganz besonders Deutschlands erinnern die Exekutiven a) das am 8. Juli 1922 in Berlin beschlossene Manifest des Internationalen Gewerkschaftsbundes und weisen die Arbeiter und die Demokratien der ganzen Welt auf die Gefahren hin, die die Existenz der deutschen Republik, das wichtigste Element des Friedens und der Wiederherstellung Europas, bedrohen. Sie beglückwünschen die deutschen Arbeiter zu ihren gewaltigen und einmütigen Kraftanstrengungen, in denen sie sich erhoben haben, um ihre Freiheit zu verteidigen und die Reaktion niederzuwerfen. Sie hoffen, daß es der deutschen Demokratie gelingen werde, dem den Frieden der Welt bedrohenden monarchistischen und militaristischen Treiben ein Ende zu bereiten. Gleichzeitig geben sie dem Vertrauen in den Willen des demokratischen Deutschlands Ausdruck, den Wiederaufbau der durch den Krieg zerstörten Gebiete zu sichern.

Ein isoliertes Deutschland

Ist jedoch zur Ohnmacht verurteilt. Sein Heil stützt auch die Arbeiter der anderen Nationen in Bedrängnis und Not. Die Verschlechterung der Löhne der deutschen Arbeiter hat die Verschlechterung der Existenzbedingungen der Arbeiter aller anderen Länder zur Folge. Der Ruin Deutschlands bedeutet den wirtschaftlichen Zusammenbruch Europas. Es liegt deshalb im Interesse des Weltproletariats, die deutsche Republik zu ernütern und ihr beizustehen. Deutschland kann berechnete Reparationsverpflichtungen nur erfüllen, wenn internationale Kredite die Genesung seiner Wirtschaft ermöglichen. Die Politik der Entente treibt Deutschland jedoch in den Bankrott und wirft es der Reaktion in die Arme. Die Last der Reparationen ist zu schwer. Die militärischen Okkupationen erdrosseln Deutschland, ohne Vorteil für die Erfüllung der Reparationen. Die Politik der Gewalt macht sich in keiner Weise bezahlt und gibt nur Anlaß zu neuen Kriegen.

Sie begünstigt die deutsche Reaktion,

dennt die Festigung der Republik, fördert das wirtschaftliche Chaos und treibt die Massen zu verzweifeltem Handeln.

Gemäß den Prinzipien und den Beschlüssen der gewerkschaftlichen und sozialistischen Konferenzen zu Amsterdam und Frankfurt am Main muß die deutsche Schuldenlast vermindert werden. Um dies zu erreichen, müssen die interalliierten Schulden vermindert werden. Um dies zu erreichen, müssen die interalliierten Schulden reduziert werden. Nur auf diesem Wege erscheint die Durchführung einer großen internationalen Anleihe für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas möglich. Um diesen Zweck zu erreichen, wenden sich die drei Exekutiven an die öffentliche Meinung aller Länder und insbesondere Amerikas.

Das Eingreifen der Vereinigten Staaten

in den Krieg war von entscheidender Bedeutung. Die Konferenz erwartet deshalb von ihnen, daß sie zur Wiederherstellung des Weltfriedens mitwirken, um dadurch die zerrüttete Wirtschaft Europas, die heute die einen mit der Peitsche der Arbeitslosigkeit schlägt, die anderen mit Hungers-

not und Epidemien bedroht, wieder ins Gleichgewicht zu bringen.

Mit dem System der militärischen Okkupationen muß gebrochen werden. Vor allem sind die militärischen und wirtschaftlichen Sanktionen, die völlig gegenstandslos geworden sind, unverzüglich aufzuheben. Durch die Aufnahme Deutschlands als gleichberechtigtes Mitglied in den Völkerbund gibt es die Garantien daß es sich den internationalen Rechtsentscheidungen unterstellt.

Unter Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker verurteilen die Exekutiven nachdrücklich alle Kontrollmaßnahmen, die die Souveränität der deutschen Republik bedrohen, die des Rechts berauben, ihre inneren ökonomischen und sozialen Angelegenheiten in voller Freiheit zu ordnen.

Arbeiter aller Länder!

Der ökonomische Wiederaufbau und der Weltfriede erheischen, daß Ihr mit all Eurer Kraft gegen die Reaktion und für die allgemeine Abrüstung kämpft.

Angesichts seines finanziellen Zusammenbruchs muß Deutschland, während es seinerseits wirksame Maßnahmen ergreift zur Eintreibung der Steuern und zur Verhinderung der allgemeinen Interessen schädigenden Kapitalflucht, als unmittelbare Aktion das verlangte Moratorium gewährt werden, bis durch eine unparteiische Untersuchung seine wirkliche Leistungsfähigkeit festgestellt ist oder Vorbereitungen getroffen werden für den Abschluß einer internationalen Anleihe.

Die Konferenz richtet an Euch die dringende Aufforderung, für diese Ideen und ihre Verwirklichung mit allen Mitteln durch Eure Organisationen, Eure Presse, durch Massenaktionen und durch Eure Vertreter in den Parlamenten eine unermüdlige, unausgesetzte Propaganda zu entfalten.

Für die deutsche Republik!
Für den Frieden der Welt!
Für den Wiederaufbau Europas!

Das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes:

J. H. Thomas. L. Jonhauß. Th. Leipart.
C. Mertens. Edo Finmen. Jean Oudegeest.

Das Exekutivkomitee d. Zweiten Internationale.

Tom Shaw. Otto Wels. J. Wanters. H. de Man.
P. J. Troelstra. F. M. Wibant W. H. Bliegen.

Das Exekutivkomitee der Internationalen Arbeitersozialistischen Sozialistischen Parteien:

Jean Longuet. Bracke. R. C. Wakkhead.
A. Crispian. Grimm. Paul Graber.
Karl Cermak. S. Caplansky. Friedrich Adler.

Geldvermehrung, Preissteigerung, Lohnpolitik.

Für uns, die um ihre Existenz kämpfende Arbeiterschaft, verdient der in Nummer 23 der „Graphischen Presse“ unter „Der Betriebsrat“ von Dr. Gellinger geschriebene Artikel: „Inflation, Deflation, Delvation“ besondere Beachtung. Gibt uns doch die konkrete Anwendung der daraus zu ziehenden Lehren eine außerordentlich wirksame Waffe im Kampf gegen den Kapitalismus, dessen Wesen in der Ausbeutung des Menschen durch Menschen besteht, an sich aber doch nur ein Zustand ist.

Wir stehen mitten in neuen Preissteigerungen, deren weitere Entwicklung niemand abzusehen vermag, und gerade wir Lohn- und Gehaltsempfänger sehen den daraus erwachsenen Verhältnissen sorgenvoll entgegen.

Unsere berufenen Vertreter, die Gewerkschaften, sind zwar bemüht die Teuerungswellen in ihrer Wirkung abzuschwächen, müssen aber dennoch zugeben, daß die erkämpften Zulagen lediglich Anpassungen an die längst wieder vorangeschrittene Teuerung sind; im eigentlichen Sinne als Zulage also nicht bewertet werden können.

Unsere fast allgemeine, geradezu unersättliche Unwissenheit in Wirtschafts- und ökonomischen Fragen ist aber Schuld daran, daß wir noch nicht die eigentliche Ursache dieser fortgesetzten Preissteigerungen klar erkannt haben, die die unaufhörliche Vermehrung der Geldmenge ist; und hier eben die zu bekämpfende Wurzel des Übels sehen.

Nach dem ABC der Währungslehre bestimmt Angebot und Nachfrage den Preis; oder es steigt oder fällt der allgemeine Preisstand in dem Maße, als die umlaufende Geldmenge vermehrt oder vermindert wird.

Aber nicht nur das Verhältnis der Menge des umlaufenden Geldes zur vorhandenen Warenmenge, sondern auch die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes ist von bestimmendem Einfluß auf den allgemeinen Preisstand. Es bleibt sich zum Beispiel gleich, ob die Menge oder die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes verdoppelt wird, in beiden Fällen wird sich bei gleichbleibender Warenmenge der Preisstand verdoppeln. Denn wenn zwei 100 Mark-Scheine im Laufe des Jahres je 50 Käufe tätigen, so ist das in der Wirkung dasselbe, als ob ein 100 Mark-Schein 100 mal Nachfrage nach Waren hält. Es werden in beiden Fällen für 10000 Mark Waren gekauft.

Nun wird die Veränderung des allgemeinen Preisstandes mittels Indexzahlen gemessen, worin

man wiederum zwischen Großhandels- und Nahrungsmittel-Index-Ziffern unterscheidet. Letztere nennt man auch Teuerungszahlen und werden vom Statistischen Reichsamt errechnet. Sie bilden aber keinen zuverlässigen Maßstab für die allgemeine Preissteigerung, da zum Beispiel Kulturbedürfnisse, wie Bahnfahrt, Bücher, Kunst usw. darin unberücksichtigt bleiben, und ferner, statt der vollwertigen Waren, wie Butter, Wolle, minderwertige und Ersatzmittel, Margarine und Papierfaser und dergleichen eingestellt werden.

So ist die Teuerungszahl, (Nahrungsmittelindex) stets wesentlich niedriger als die Großhandelsindexziffer.

Hieraus ergibt sich die Unzweckmäßigkeit für Lohnerhöhungen zu streiken, solange nicht der allgemeine Warendurchschnittspreisstand verfassungsgemäß festgelegt ist.

Diese Aufgabe stellen wir einem „Reichswährungsamt“, das an die Stelle der jetzigen „Reichsbank“ tritt, welche auf Grund des vorher Gesagten für die jetzige, allgemeine Wirtschaftsnot durch die tatsächlich (§ 12, Bankgesetz vom 14. 3. 75) ungesetzmäßige, dauernde Geldvermehrung (Inflation) zum größten Teil verantwortlich zu machen ist. Betrug doch die umlaufende

Geldmenge im Juli 1914	5,76 Milliarden Mark
Dann	„ 1919 schon 42,61 „
„	„ 1920 ... 68 „
„	„ 1921 ... 84 „

und ist jetzt wohl mit etwa 170 Milliarden Mark nicht zu niedrig bemessen. Auf diesem Wege weiterzuschreiten, werden wir wohl demnächst wie auch in Rußland das Geld wiegen müssen.

Die Entscheidung, die von Angebot und Nachfrage über die Höhe der Preise und Löhne gefällt wird, ist gültig und unanfechtbar. Wir erkennen nun auch die Ursache der seit 1914 unaufhörlichen Preissteigerungen in Verbindung mit der seit dieser Zeit betriebenen Geldvermehrung; wozu uns damals noch keine Reparationszahlungen veranlaßten, die heute stets als Grund und Entschuldigung von nicht sehen Willenden angeführt werden.

Dieses „Reichswährungsamt“ nun, unter ständiger Kontrolle der Gewerkschaften, Beamtenverbände, Handelskammern usw. hat nach rein volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten (nicht nach privatkapitalistischen Befehlen) den Geldumlauf auf Grundlage der „Festwährung“ durch Schaffung eines Geldsystems mit geschlossenem Kreislauf und nur reinen Tauschmittelcharakteres derart zu regeln, daß das Angebot des Geldes der Nachfrage nach Waren stets gleichbleibend ist.

So wäre das Reichswährungsamt die feste Burg, von der aus die bisher durch Währungsbetrug ausgebeutete Arbeiterschaft den Siegeszug zum vollen Arbeitsertrag antreten könnte.

Zelgen nämlich dann die Indexziffern eine Neigung zum Steigen, als Zeichen dafür, daß die vorhandene Warenmenge sich verringert hat, so wird die umlaufende Geldmenge entsprechend vermehrt. Besteht aber die Neigung zum Sinken, als Zeichen der Vermehrung der Warenmenge, so wird auch die umlaufende Geldmenge in dem Maße vermehrt.

Diese währungstechnischen Maßnahmen, Festwährung genannt, bewirken, daß der allgemeine Preisstand für alle Zeiten auf gleicher Höhe bleibt und somit gewaltige wirtschaftliche Vorteile aus dieser Preisfestigung erwachsen. Lohnkämpfe kommen zur Ruhe, da die Kaufkraft des Lohnes gesichert ist, und wenn solche wirklich geführt werden, die Erhöhung des Lohnes wirklich eine feste Zulage bedeutet.

Die wirtschaftliche Sicherheit erreicht einen nie erreichten Grad und entsprechend der gesteigerten Güterezeugung sinkt auch der Zinsfuß, das arbeitslose Einkommen; beides bewirkt aber unaufhörliches Steigen des Lohnes. Schieber und Wucherwesen haben am längsten die Wirtschaft geschädigt.

Es gibt tatsächlich kein anderes, sofort anwendbares und wirksames Mittel die Preissteigerung zu bannen als die Festwährung. Selbst eine gleitende Lohnskala kann doch nur vorübergehend die äußerste Not bannen.

Bekanntlich gab es sogar zur Zeit der Goldwährung keinen festen Preisstand (sie ist ja seit 1914 durchbrochen). Wohl war der Preis des Goldes festgesetzt, aber die einzige Möglichkeit zur Beschaffung des Goldes zwecks Anpassung an die vorhandene Warenmenge bestand doch im Finden. Daß nicht auch hier Angebot und Nachfrage den auf den Goldpreis aufgebauten Warenpreis bestimmen, konnten trotz der gesteigerten Goldfunde in den letzten 30 Jahren von 4 1/2 - 7 Milliarden Mark liegt an der Verschattungseigenschaft und Möglichkeit des Goldes, das sich dadurch seiner eigentlichen natürlichen Zweckbestimmung als Geld, als Tauschmittel entzog.

Die Festwährung ist somit die Einheitsformel, um Kopf- und Handarbeiter zusammenzuschließen und Festwährung muß der Kampfverderben von allen Schaffern zum Siege über die Raffer.

Vorbedingung zur Besserung unserer wirtschaftlichen Lage und zur Festigung derselben auf dieser Grundlage wäre allerdings die Aufklärung, um die uns einzig zur Verfügung stehenden geistigen Waffen wirksam in Anwendung zu bringen

Allgemeines.

Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufes.

Vom Soziallohn.

Die Entwertung der Mark und damit die Steigerung der Preise für den notwendigen Lebensbedarf erzwingt erneut eine ganz erhebliche Steigerung der Lohnzahlen; um wenigstens einigermaßen den Lebensstandard zu erhalten, der bisher bestand. Neue Lohnverhandlungen machen deshalb erneut das ganze deutsche Wirtschaftsleben erzittern; weil die Notwendigkeit der Anpassung der Löhne an die Kosten der Lebenshaltung nicht das Verständnis findet, das vorhanden sein müßte. Auch in unsern Gewerben müssen diese Lohnverhandlungen geführt werden. Die Vorbereitungen dazu sind schon getroffen. Aus einer Reihe von Umständen mußten die Verhandlungen für das Deutsche Lithographie- und Steindruckgewerbe für den 22. August festgelegt werden. Im Anschluß daran finden die Verhandlungen für Deutschlands Chemigraphen, Licht-, Tief- und Kupferdrucker und für die Kunstdruckindustrie statt. Für das Formstechergewerbe konnten diese Verhandlungen schon am 10. August gepflogen werden.

Um welche Summen die Löhne erhöht werden müssen, um wenigstens dieselbe Kaufkraft zu besitzen wie vor der rapiden Entwertung der Mark, dürfte jedem hinlänglich bekannt sein. Daß in dieser Zeit eine Lohnerhöhung durchgesetzt werden könnte, die mehr als ein Ausgleich ist, dürfte jedoch mehr als eine Illusion sein. Damit sollen jedoch unsere gerechten Forderungen auf eine weit bessere Gegenleistung für unsere qualifizierte Arbeitsleistung nicht beseitigt geschoben werden. Wir sind nur der Meinung, daß bei den kommenden Lohnverhandlungen das Hauptgewicht darauf gelegt werden muß, den bisherigen Zustand zu erhalten. Es muß alles daran gesetzt werden, eine weitere Senkung des Reallohnes zu verhindern.

Die Versuche, den Reallohn weiter zu senken, dürften auch bei unseren Verhandlungen gemacht werden. Allerdings nicht in der offenen Form der absichtlichen Niederhaltung der Löhne. Aber der wiederholt schon gemachte Vorschlag, die Löhne dem Familienstand mehr anzupassen, wird wieder in den Bereich der Aussprache geschoben werden. Wie wir zu diesem sogenannten Soziallohn stehen, haben wir schon mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht. Da bei der notwendigen, erheblichen Erhöhung der Lohnsummen aber in verstärktem Maße der Soziallohn eine Rolle spielen wird, sei erneut von uns zum Ausdruck gebracht: **Wir lehnen eine tarifliche Verankerung des Familienlohnes grundsätzlich ab.** Warum, haben wir schon hinreichend gesagt. Eine weitere Fülle von Gründen für die Ablehnung des Familienlohnes bringt das **Korrespondenzblatt des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes** in nachfolgenden Ausführungen, die wir glauben eines besseren Verständnisses wegen der Kollegenschaft nicht vorenthalten zu dürfen:

Neben der gleitenden Lohnskala beschäftigt der Soziallohn noch immer die weiten Kreise derer, die sich mit Lohnfragen befassen. Beide Probleme sind in den letzten Jahren, wenn auch nicht gerade entstanden, so doch mehr als früher in den Vordergrund getreten. Die Anhänger der gleitenden Lohnskala wollen einen Weg finden, auf dem sich die Löhne mehr oder weniger mechanisch den Kosten für den Lebensunterhalt anpassen. Der Gedanke, daß der Lohn sich nach dem Familienstande bemessen müsse, ist aus der Einsicht erwachsen, daß den kinderreichen Arbeiter die Not noch mehr drückt als den ledigen, und daß er deshalb besondere Bezüge haben muß.

Der Soziallohn — unter dieser Bezeichnung hat sich der Familienlohn eingeführt — findet begeisterte Lobredner in den Kreisen bürgerlicher Sozialpolitiker und auch der Unternehmer. Weit mehr ablehnend stehen ihm die Arbeiter gegenüber. Nur im Lager der christlichen Gewerkschaften hat er auch unter den Arbeitern viele Anhänger, wobei aber weniger lohnpolitische als sittliche Gründe geltend gemacht werden. In der christlichen Gewerkschaftspresse wird des öfteren darauf verwiesen, daß der christliche Arbeiter die Familie ethisch ganz anders bewerte als der freigewerkschaftlich organisierte. Dieser sei für Einschränkung der Kinderzahl, während in christlichen Kreisen viele Kinder für Segen gehalten würden. Das sind aber Fragen, die außerhalb jeder Lohnpolitik stehen, die infolgedessen auch bei der Stellungnahme auszuschneiden haben, wobei wir auch dahingestellt lassen wollen, ob es sittlicher ist, Kinder in großer Zahl ohne Rücksicht darauf in die Welt zu setzen, wie sie ernährt werden können, und was der Familienvater dazu beitragen kann, ihrem Fortkommen förderlich zu sein. Als besonderer Vorzug des Menschen gilt doch nun einmal, daß er mit Vernunft begabt ist oder es doch wenigstens sein soll.

Auch daß die sozialistisch gesinnten Arbeiter für die Gleichheit der Existenzbedingungen sind, wird den Gewerkschaftern vorgehalten und daraus gefolgert, daß sie für den Familienlohn sein müßten, da gleicher Lohn für Verheiratete und

Unverheiratete verschiedene Lebensmöglichkeiten schafft. Dadurch werde der Grundsatz der Solidarität verletzt, der seinen Ausdruck in dem Worte finde: Einer für alle, alle für einen.

Wenn die Arbeiter von der erwünschten Gleichheit der Lebensmöglichkeiten reden, so haben sie das nie so aufgefagt, wie hier unterstellt wird. Sie haben vielmehr diese Gleichheit, die der Teilerei ganz außerordentlich ähnlich sieht, stets abgelehnt.

Alle, die dem Arbeiter so ins Gewissen reden wollen, übersehen ganz, daß der Arbeiter gar keine Ursache hat, zwei Dinge miteinander in Beziehung zu bringen, die nicht zusammengehören: den Betrieb und die Familie. Betrieb und Arbeit gehören zusammen und mit der Arbeit die dafür zu gewährende Entlohnung durch den Betriebsinhaber.

Es ist immer so gewesen, daß der Lohn der Leistung entsprechen sollte. In dieser Beziehung konnten die Unternehmer früher gar keinen Maßstab finden, der ihnen genau genug erschien. Der Kampf um die Akkordarbeit, ohne die die Unternehmer angeblich nicht auskommen können, ist daraus entstanden. Deshalb ist um so auffälliger, daß die Unternehmer plötzlich ihr soziales Herz entdecken und nun für den Familienlohn schwärmen. Sie geben dabei an, daß auch sie für die Bezahlung der Leistungen seien, daß aber Zuschläge an den Verheirateten der besonderen Ausgaben wegen, die er zu machen habe, notwendig seien. Keinem von ihnen fällt aber dabei ein, zu sagen, daß er den Verheirateten damit ein Geschenk zu machen beabsichtigt. Verdient muß auch der Zuschlag werden. Und da der Verheiratete nicht auf besondere Leistungen im Betriebe hinweisen kann, so sind es eben doch die Unverheirateten, die für die Verheirateten mitarbeiten sollen, womit das Leistungsprinzip gründlich durchbrochen wird.

Verdächtig ist stets, wenn die Unternehmer in irgendeiner Weise arbeiterfreundlich werden. Die Arbeiter haben dann alle Ursache, mißtrauisch zu sein; denn es liegt dem immer das wohlverstandene Unternehmerinteresse zugrunde. Daß es beim Soziallohn nicht anders ist, das ist von uns schon mehrfach ausgesprochen worden, und alles, was seitdem zu dieser Frage geschrieben worden ist, hat diese Auffassung nicht entkräften können. Es bleibt dabei, daß der Soziallohn lediglich der Lohnrückerei dienen soll, und daß er ihr auch dienen wird, wenn die Arbeiter ihm nicht abzuwehren verstehen.

In der „Arbeitgeber-Zeitung“ ist auch in diesem Zusammenhang offen ausgesprochen worden, daß die Unternehmer gezwungen seien, die Produktionskosten so niedrig wie möglich zu halten, und daß sie demzufolge die Entlohnungsweise bestmöglichst dem tatsächlichen Bedarf jedes einzelnen Lohnempfängers anpassen müßten, dazu zwingt der wirtschaftliche Druck, unter dem wir stehen. Das ist ähnlich dem, was der Kölner Schlichtungsausschuß in einem Spruch vom September vorigen Jahres ausführte. Er sprach sich dort, entgegen dem Willen der Arbeiter, für Zuschläge für Verheiratete aus. In der Begründung wurde gesagt: „Die Arbeitsleistung muß wirtschaftlich gewertet werden, ihr Preis muß der Leistung entsprechen. Der Arbeiter muß demnach nach seiner Leistung bezahlt werden. . . Die reine Leistungsbeziehung setzt jedoch eine gesunde Wirtschaft voraus, die es gestattet, jeden Arbeiter so zu bezahlen, daß er von seinem Arbeitsverdienst eine größere Familie angemessen unterhalten kann. Unsere zeitige Wirtschaft ist jedoch nicht gesund, es ist nicht möglich, in ihr den Arbeitslohn so hoch zu bemessen, daß jeder Arbeiter davon eine größere Familie sorgenfrei ernähren kann.“

Alles das klingt, als höre man Anhänger der längst überwundenen Lohnfondstheorie, deren Anhänger glaubten, daß nur ein bestimmter Bruchteil des Kapitals als Lohn verausgabt werden könne, der sich nicht überschreiten lasse. Aber sagen wollen das diese Leute nicht, sie umkleiden nur mit allerlei Redensarten ihre dahingehende Meinung, daß es die Arbeiterschaft sei, die die Not der Zeit ganz allein auf sich nehmen müsse.

In der Zeit der riesenhaft anschwellenden Profite, in der Zeit der Kapitalverschiebungen und Gewinnverschleierungen, in der Zeit der Steuerdrückbergerei sollen zahlreiche Arbeiter sich gefallen lassen, daß ihnen der Lohn zur Verbilligung der Produktion gekürzt wird. Denn anders ist es nicht. Die Unternehmer und die ihnen nahestehenden Kreise wissen ganz genau, wie groß der Abstand zwischen Verdienst und Preisen geworden ist. Sie können die Berechtigung der Lohnforderungen nicht in Abrede stellen, aber sie wollen durch den Soziallohn den Ledigen zwingen, die Lohnzulage für den Verheirateten zu zahlen.

Dabei schaffen sie zugleich einen Maßstab für das Existenzminimum, eben den Lohn der Ledigen, und an diesem Maßstab werden sie die Löhne dann messen, wenn sie die Macht dazu haben. Auch die der Verheirateten. Ist der Grundsatz erst durchgeführt, dann besitzen sich die Unternehmer wieder auf das Leistungsprinzip, und der Soziallohn wird dann als Schraube ohne Ende wirken wie des öftern die Akkordarbeit.

Im Betrieb hat sich der Arbeiter als Gleicher unter Gleichen zu fühlen. Nur dann können die Arbeiter einheitlich auftreten. Lassen sie sich spalten in Gruppen, aufgebaut auf dem Familien-

stand, dann wird der Unternehmer sie leichter beherrschen.

Kein Arbeiter denkt daran, an den besonderen Verhältnissen der Verheirateten gleichgültig vorüberzugehen. Auch im „Korrespondenzblatt“ ist schon darauf hingewiesen worden, daß die Allgemeinheit ein Interesse an gesundem und tüchtigem Zuwachs hat, und daß sie deshalb den Verheirateten in jeder Beziehung entgegenkommen muß. Hier liegt ein besonders gesellschaftliches Interesse vor, das gesellschaftliche Verpflichtungen nach sich ziehen muß. Gesagt kann werden, daß auch die Unternehmer das anerkennen, aber sie meinen, so lange könne der Verheiratete nicht warten. Nun, wenn Unternehmer und Arbeiter sich darin einig sind, dann wird es auch nicht schwer fallen, rasch etwas Gutes von Gesetzes wegen zu schaffen. Es wird das jedenfalls leichter sein und rascher gehen, als wenn der Soziallohn gegen den Willen der Arbeiter durchgeführt werden soll.

Aber hier liegt es eben so: Gesetzliche Maßnahmen, die den minderbemittelten Verheirateten zugute kommen, würden eine Sozialsteuer bedingen, die, das liegt in der Natur der Sache, von den Bemittelten zu tragen wäre. Da es weit billiger, die unverheirateten Arbeiter durch niedrigere Löhne zu belasten und sich dann mit der Gewährung von Soziallöhnen zu brüsten.

An die Kollegenschaft von Rheinland und Westfalen.

Werte Kollegen!

Laut Mitteilung vom Gau, datiert vom 25. Juli 1922, ist die Zahlstelle Solingen beauftragt, für den Monat September einen Gausausflug vorzubereiten. Wir sind dem Auftrage gern nachgegangen und findet der Ausflug am 24. September statt. Treffpunkt ist der Bahnhof Solingen-Spaberg, direkt an der Meingstener Brücke; Treffzeit von 9 bis 11 Uhr vormittags.

Von hier aus Abmarsch über Meingsten nach Burg. Dasselbst gemütliches Beisammensein.

Denjenigen Kollegen von auswärts, die dem Morgens zu der angegebenen Zeit nicht eintreffen können, bietet die Zahlstelle Solingen schon für Samstag Unterkunft an. Anmeldungen sind rechtzeitig an den Auskunftsleiter, **Kollege Hermann Stracke, Solingen, Neustr. 57**, zu richten.

Eine recht rege Beteiligung von den Kollegen des Gaus erwartet

Die Zahlstelle Solingen.

Ortsberichte.

Aachen. Mit einem Hinweis, daß zur Zeit der Verbandstag in Nürnberg tagt, gab der Kollege Engels in der Mitgliederversammlung vom 4. August 1922 einen Rückblick über die Lohnverhandlungen, die zentral und auch örtlich geführt wurden. Obwohl man beim Abschluß der Verhandlungen der Ansicht sein konnte, daß nun auch die Kollegen im Steindruck mit der übrigen Arbeiterschaft marschieren könne, muß leider hier die traurige Tatsache wiederholt festgestellt werden, daß die Arbeitnehmer der übrigen Industrien an Orte weit über 25 Prozent mehr Verdienst haben als die in der graphischen Industrie Beschäftigten. Stundenlöhne von 50, 48 und 45 Mark sind hier am Orte für die erste Augushälfte abgeschlossen worden. Die Steindruckwerker demgegenüber mit sämtlichen Zulagen einen Höchststundenlohn von 30 Mark auf. Dazu gesellt sich, daß durch den Ausverkauf, Aachen als Grenzstadt, sich Verhältnisse entwickeln, die, wenn nicht alles trägt, zu Sonderbewegungen führen müssen, wenn es den Verbandsvorstand nicht gelingt bei den nächsten Lohnverhandlungen einen Zuschlag herauszubringen, der die Differenz zwischen Lohn und Lebensunterhalt ausgleicht. Die Diskussion, die in folgender Resolution ihren Niederschlag findet, erwartet von den Verbandsinstanzen Berücksichtigung der außergewöhnlichen Verhältnisse am Orte.

Resolution.

Die fortgesetzte enorme Steigerung der Preise der Lebensmittel und Bedarfsartikel zwingt die Aachener Mitgliedschaft den Gau- und Verbandsvorstand darauf aufmerksam zu machen, bei den nächsten Verhandlungen die außergewöhnlichen Verhältnisse Aachens zu berücksichtigen, die sich aus der Struktur Aachens als Grenzstadt durch den Ausverkauf entwickelt haben.

Breslau. Technische Vereinigung „Senefeld“. Nachdem in Nummer 11 der „Graphischen Presse“ ein Bericht über die Gründung unserer Technischer Vereinigung erschienen ist, soll heute ein Bericht über den weiteren Werdegang der Vereinigung gegeben werden. Die Vereinigung hielt jeden Monat eine Sitzung ab, die von 35 bis 50 Kollegen besucht war. Am 27. März fand eine Ausstellung von Entwürfen statt, die zur vorjährigen Senefeldfeier in Breslau angefertigt worden waren. Außerdem brachte dieser Abend eine Vorlesung des Kollegen Rutschke über das Thema: „Was uns die Lithographiestein erzählt.“ Die Aprilversammlung vermittelte die Besichtigung einer kleinen Not-

(Fortsetzung in der Beilage)

sammlung, die von einem Kollegen zur Verfügung gestellt war. Es folgte darauf noch ein kleiner Vortrag des Kollegen Rudolph über Blech- und Zelluloiddruck an Hand einiger bedruckter Blechtafeln (Apothekerketketten). In der am 30. Mai abgehaltenen Versammlung wurden die von der Technischen Zentrale in Berlin gesammelten, uns zur Verfügung gestellten Festdrucksachen zur 150 jährigen Senefelderfeier zur Ausstellung gebracht. Im Anschluß daran hielt Kollege Forelmann einen sehr interessanten Vortrag über „Die Herstellung von Transparentplakaten“ und erläuterte diesen Vortrag durch zahlreiche Muster hervorragender Transparentplakate. Die im Juni abgehaltene Versammlung stand unter dem Stern einer allgemeinen Drucksachenausstellung. Der Vorstand der Vereinigung hatte sich mit den führenden Firmen der Druckmaschinen- und Druckfarbenfabriken in Verbindung gesetzt zwecks Unterstützung der Vereinigung mit Reklamadrucksachen. Der Erfolg war ein vollständiger. Fast alle Firmen hatten dem Wunsche entsprochen und so war eine Ausstellung zustande gekommen, die einen nachhaltigen Eindruck hinterließ. Neben einer großen Anzahl Plakate in Offsetdruck, Drei- und Vierfarbendruck in Buchdruck, waren eine Anzahl Tiefdrucke, auch solche in Mehrfarbendruck, zu sehen, die außerordentliches Interesse weckten. Die Technische Vereinigung veranstaltete außerdem an der hiesigen Handwerker- und Kunstgewerbeschule einen Reproduktionskursus, der 10 Stunden umfaßte und von 58 Teilnehmern besucht war, so daß er in zwei Parallelkursen vor sich gehen mußte. Weiter fand an derselben Schule ein Einführungsvortrag über Batik statt, den 14 Teilnehmer besuchten. Die von der Maschinenfabrik Stokes & Smith zur Vorführung gebrachte Kleinfestmaschinerie sah eine Besucherzahl von etwa 50 Kollegen. An Fachzeitschriften werden von der Vereinigung gehalten: Der „Deutsche Buch- und Steindruck“, die „Typographischen Mitteilungen“ und die „Photographische Rundschau“. So zeigt die Entwicklung unserer Technischen Vereinigung, daß wir uns auf dem rechten Wege befinden und unsere Vereinigung ein Bedürfnis für alle fortschrittlich gesinnten Kollegen ist. Zu wünschen wäre freilich, daß sich eine noch größere Anzahl Kollegen als bisher der Vereinigung anschließen, um dem Ziel der allseitigen beruflichen Bildung und der Vertiefung fachlichen Wissens möglichst nahe zu kommen. Einen Schritt vorwärts würde es bedeuten, wenn sich auch in anderen Orten die Kollegen in solchen fachtechnischen Vereinigungen zusammenfänden. Es bedarf dazu häufig nur der Anregung. Denn nur wer in seinem Beruf seinen Mann stellt, wird es auch in jeder anderen Beziehung tun. R.

Der Betriebsrat

Die Betriebsräte im neuen Verbandsstatut.

Bei allen grundsätzlichen Erörterungen über die Aufgaben der Betriebsräte und die Art und Methode ihrer Schulung vertrauen wir bisher die Ansicht, daß die Betriebsräte ihre Pflicht nur in fester Anlehnung an die Gewerkschaften erfüllen können. Wir stellen wiederholt fest: Die Betriebsräte werden nur mit den Gewerkschaften erfolgreich sein oder — sie werden nicht sein. Das war auch die Ansicht des Magdeburger Verbandes. In längerer Aussprache wurde gerade auf dem Magdeburger Verbandstag die Betriebsrätefrage erörtert und in der unter dem Tagesordnungspunkt „Unsere Aufgaben in der neuen Zeit“ angenommenen Entscheidung wurde unter anderem gesagt: „Der Verbandstag fordert zur Durchführung der Betriebsdemokratie Betriebsarbeiterräte mit weitgehenden gesetzlichen Rechten. Diese können ihre Aufgabe aber nur dann erfüllen, wenn einmütiges Zusammenwirken mit den Gewerkschaften erfolgt. Den in Bezirken gewählten Arbeiterräte und den Vertretern in Wirtschaftskammern ist ein ihrer Bedeutung im Wirtschaftsleben entsprechende Stellung gesetzlich einzuräumen, damit sie für die Herbeiführung der Gemeinwirtschaft wirken können.“

Der Verbandsvorstand hat im Einverständnis mit seinem Beirat Einrichtungen zu fördern und zu unterstützen, um unsern Kollegen, die als Betriebs- oder Arbeiterräte tätig sind, Fortbildungsmöglichkeiten zu schaffen.“

Der statutarische Niederschlag dieses Beschlusses war die Einfügung der Betriebsräte in die Verwaltungsorgane des Verbandes. Im § 4 des alten Verbandsstatutes, der die organisatorischen Rechte und Pflichten der Mitgliedschaften regelt, wurden die verbandsorganisatorischen Rechte der Betriebsräte im Absatz 3 wie folgt abgegrenzt:

„Die durch Gesetz zur Mitwirkung und Mitbestimmung im Produktionsprozeß berufenen Betriebsräte sind als Beirat des Ortsvorstandes anzusehen und zu allen wichtigen Beschlüssen hinzuzuziehen oder mindestens von solchen in Kenntnis zu setzen. Aufgabe der Ortsvorstände ist, für die Fortbildung der Betriebsräte besorgt zu sein und jede Aufklärung über Wirtschaftsfragen zu fördern.“

Die Beseitigung dieser verbandsstatutarischen Verankerung der Rechte der Betriebsräte als Beirat des Mitgliedschaftsvorstandes war neben der Beseitigung des Verbandsausschusses als Kontroll- und Beschwerdeinstanz das größte Opfer, das unser Verband bei Schaffung des Einheitsstatutes durch den Graphischen Bund zum Zwecke einer möglichst schnellen Herbeiführung des Graphischen Einheitsverbandes zu bringen bereit war. Nachdem trotz bester Begründung in der Kommission wie im Plenum des Graphischen Bundes eine Mehrheit für unsere Ansichten nicht zu erreichen war, mußte der guten Sache wegen, wenn auch schweren Herzens dieses Opfer gebracht werden.

Der bei Schaffung des Einheitsstatutes vom Graphischen Bund ausgesprochene Wunsch, die kommenden Verbandstage der graphischen Verbände möchten das Einheitsstatut zur Grundlage ihrer statutarischen Bestimmungen nehmen, ist nur in sehr bedingter Weise in Erfüllung gegangen. Über die Verbandstage der Buchbinder und der Buchdrucker und ihre Beschlüsse ist von uns eingehend berichtet worden. Aus diesen Beschlüssen ergibt sich, daß der mit der Schaffung des Einheitsstatutes gewollte Zweck nicht erreicht worden ist. Die indirekte Ablehnung des Einheitsstatutes durch die Buchbinder und die Buchdrucker entlohnt uns der Verpflichtung, nun auf altbewährte Einrichtungen unsererseits zu verzichten. Der Verbandsvorstand empfahl deshalb in Dringlichkeitsanträgen an den Verbandstag den Verbandsausschuß und die Betriebsräte wieder in das Statut aufzunehmen. Der Dringlichkeitsantrag des Verbandsvorstandes, mit einer Einschaltung der Vertrauensleute durch die Statutberatungskommission, der im Paragraph 17 des Statutentwurfes als Absatz 2 gelten sollte, lautete:

„Um die Vorbereitung zur Übernahme der Wirtschaftsführung herbeizuführen, sind die durch Gesetz zur Mitwirkung und Mitbestimmung im Produktionsprozeß berufenen Betriebsräte und Vertrauensleute als Beirat des Ortsvorstandes anzusehen und zu allen wichtigen Beschlüssen hinzuzuziehen oder mindestens von solchen in Kenntnis zu setzen. Aufgabe der Ortsvorstände ist es, für die Fortbildung der Betriebsräte besorgt zu sein und jede Aufklärung über Wirtschaftsfragen zu fördern.“

Dieser Antrag wurde leider abgelehnt und folgende statutarische Bestimmung als ausreichend betrachtet:

„Es gehört zu den Aufgaben der Ortsvorstände, für die Fortbildung der Betriebsräte besorgt zu sein und jede Bildungsarbeit zu fördern.“

Mit diesem Beschluß des Verbandstages ist das statutarische Recht der Betriebsräte Beirat des Ortsvorstandes zu sein und bei allen wichtigen Beschlüssen hinzugezogen oder aber mindestens über wichtige Beschlüsse des Ortsvorstandes in Kenntnis gesetzt zu werden, beseitigt worden. Eine Notwendigkeit zu einem solchen Beschlusse lag unserer Auffassung nach nicht vor, zumal der Verbandstag den Zentralverwaltungsstellen das Recht einräumte, organisatorische Hindernisse, die einem Zusammenschluß der vier graphischen Verbände sperren könnten, zum gegebenen Zeitpunkt aus eigenem zu beseitigen. Dieser Beschluß aber wird noch weniger durch den Beschluß verständlich, daß unter den unbesoldeten Verbandsvorstandsmitgliedern ein Vertreter der Betriebsräte sein muß.

Vergegenwärtigt man sich das organisatorische Getriebe besonders in größeren Mitgliedschaften, dann lernt man erst erkennen, daß der gefaßte Beschluß kein glücklicher war. Freilich, wäre das Einheitsstatut auch von den beiden anderen Organisationen anerkannt worden (die Hilfsarbeiter halten ihren Verbandstag erst später ab), dann müßte es auch so gehen, wie auf unserm Verbandstag beschlossen worden ist. Aber dann wäre sicher in den Mitgliedschaften, in denen die Betriebsräte in gemeinsamer Organisationsarbeit mit den Ortsvorständen die gewerkschaftliche Arbeit zu erledigen pflegten ein Ausweg dahin gefunden worden, daß man dem Beauftragten der Betriebsräte durch Wahl in den Ortsvorstand sandte und so auch die notwendige enge organisatorische Verbindung aufrecht erhielt. Nachdem der Verbandstag durch statutarische Bestimmung nur diesen Weg auch zu gemeinsamer organisatorischer Arbeit mit den Betriebsräten in unserem Verbandsverbande offengehalten hat, möchten wir empfehlen diesen Weg zu beschreiten dort, wo er sich als nützlich und zweckmäßig erweist.

Wir meinen noch immer, auch trotz der neuen statutarischen Bestimmungen: Die Betriebsräte werden nur mit den Gewerkschaften erfolgreich sein oder — sie werden nicht sein.

Die Tapetenbranche.

Lohnverhandlungen im Formstechergewerbe.

Am 30. August fanden in Hannover Verhandlungen statt, deren Aufgabe es war, für den laufenden Monat die Löhne mit den gesteigerten Ausgaben in Einklang zu bringen. Von seiten der Unternehmer nahmen folgende Herren an den Verhandlungen teil: Hiedemann und Fochem, Köln, Schreier, Hildesheim, Jentsch, Dessau, Oschmann,

Hannover, sowie der Syndikus des Unternehmerverbandes Herr van Rügen. Von seiten der Kollegen nahmen teil: Vom Verbandsvorstand Herbst und Schubart, Liegener, Berlin, und Rodenkirchen, Köln. Die Forderungen des Verbandes lauteten: 40 Prozent Aufschlag auf die Löhne, die bis zum 15. August abgeschlossen waren. Die Unternehmer boten dem gegenüber einer Stundenlohn von 35 Mark.

Nun folgte wie bei allen Verhandlungen die übliche Aussprache bis man sich nach längerem hin und her auf folgende Sätze einigte:

Von Sonnabend, den 12. August bis 1. September beträgt der im § 3 festgesetzte Mindestlohn.

Im 1. Jahr nach der Lehrzeit	32.- Mk.
2. "	33.50 "
3. "	35.50 "
von 21 bis 24 Jahr	37.50 "
über 24 Jahr	40.- "

Außerdem wurde die nach § 9 festgesetzte Entschädigung des Werkzeuges für Messingstecher auf 10 Mark und für Holzstecher auf 20 Mark monatlich erhöht.

Die nächsten Verhandlungen sollen am 4. September in Leipzig stattfinden. C. S.

Feuilletton.

Ewige Worte über den Krieg. Weise und Dichter.

Lao-tse.
Ein unrühmlicher Frieden ist einem noch so glänzenden Kriegserfolge vorzuziehen; der strahlendste Sieg ist doch nur Widerschein einer Feuerbrunst.

Aischylos.
Von meiner Mutter Themis, die des ewigen Rechts Urweise Göttin ist, vernahm ich längst den Spruch. Daß einst Gewalt erliegt und Weisheit siegt.

Thomas Morus.
Vor dem Krieg als einem grausamen, viehischen Ding, das doch keinem Geschlecht der wilden Tiere so gemein ist wie den Menschen, haben die Bewohner der Insel Utopia ein sehr großes Abscheuen und halten dafür (zwar wider den Brauch und Meinung fast aller anderen Nationen), daß keine Sache so unehrlich sei wie die Ehre, so man aus dem Kriege zu erlangen vermeint. Wann sie ihren Feinden obsiegen und aber der Sieg viel Blut gesehet, so haben und empfinden sie nicht allein großen Verdruß darob, sondern sie schämen sich auch desselbigen Siegs und halten es für eine große Torheit und unsinnige Weise, so man eine Ware, sie sei ja wie köstlich sie wolle, zu teuer zu kaufen tut.

Klopstock.
Des Menschengeschlechtes Brandmal alle Jahrhunderte durch, der untersten Hölle lautestes, schrecklichstes Hohngelächter ist der Krieg.

Pauli.
Man zog einmal aus in einen Krieg mit großen Büchsen und mit viel Gewehren, wie es eben Sitte ist; da stand ein Narr da und fragte, wes Leben das wäre?

Man sprach: Die ziehen in den Krieg!
Der Narr sprach: Was tut man im Krieg?
Man sprach: Man verbrennt Dörfer und gewinnt Städte und verdirbt Heu und Korn und schlägt einander tot.

Der Narr sprach: Warum geschieht das?
Sie sprachen: Damit man Frieden mache!
Da sprach der Narr: Es wäre besser, man machte vorher Frieden, damit solcher Schaden vermieden bliebe. Wenn es mir nachginge, so würde ich vor dem Schaden Frieden machen und nicht danach; darum so bin ich witziger als eure Herren.

Luther.
Krieg ist der größten Strafen eine, als der zerstört und nimmt weg die Religion, weltlich und häuslich Regiment. Alles liegt darnieder. Teuerung und Pestilenz sind wie Fuchsschwänze, und nicht zu vergleichen mit Krieg.

Kant.
Der Krieg ist die Quelle alles Übels und Sittenverderbnis; das größte Hindernis des Moralischen.

Theodor Mommsen.
Die heilige Allianz der Völker ist das Ziel meiner Jugend gewesen und ist noch der Stern des alten Mannes.

Feldherrn und Soldaten. Garibaldi.

G. schrieb, er sei überzeugt, daß es ein Verbrechen sei sich gegenseitig hinzuschlachten, um zu einem Einverständnis zu gelangen.

General Sherman.
Ich bin ermüdet und krank durch den Krieg. Sein Ruhm ist nur wie der Strahl des Mondes. Nur die verlangen noch mehr Blut, noch mehr Tristlosigkeit, die niemals einen Schuß abgefeuert, die Klagen Verwundeter vernommen haben. Der Krieg ist eine Hölle.

Washington.

Mein letzter Wunsch ist, den Krieg, dieses Wundmal, am Körper der Menschheit von der Erde verschwinden zu sehen.

Friedrich II.

Wenn meine Soldaten zu denken müßten, ob sie auch nicht einer in den Reihen

Napoleon I.

Wenn ich um meinen Roman zu vollenden, ein Testament machen sollte, ich würde der Nation sagen sie solle sich hüten vor dem militärischen Gouvernement

Friedrich III.

Ich habe den Krieg gesehen, und ich sage Ihnen: Es ist die größte Pflicht, wenn es irgend möglich ist, den Krieg zu vermeiden

Frh. Marschall von Bieberstein.

Hauptm d R d I Gardereg. zu Fuß, gefallen 1914 in Frankreich.)

Die Menschheit muß den Krieg überwinden lernen. Es ist nicht wahr, daß der ewige Frieden ein Traum sei und noch dazu kein schöner (was Moltke gesagt hatte - D. R.), es muß eine Zeit kommen, die den Krieg nicht mehr kennt, und diese Zeit wird gegenüber der unsrigen einen gewaltigen Fortschritt bedeuten

Amerikanisches.

Man spricht jetzt mit vom täglichen Dollarstand, und muß fast denken, daß es nur Dollar in der neuen Welt gab oder gibt

Daß dem nicht so ist, möchte ich an zwei amerikanischen „Jubiläumsmenschen“ nachweisen, und zwar nach dem Gewohntem durch zweier Zeugen Mund wird allerdings die Wahrheit kund.

Im Mai 1897 also vor 25 Jahren, verschied 78 Jahre alt, in Jefferson City (Amerika) Ernst A. Zundt, einer der hervorragendsten deutsch-amerikanischen Dichter und Vorkämpfer des freien Menschentums, der seine Feder nie in die Tinte des Hergebrachten oder des Servilismus getaucht hat und dessen Motto als Dichter und Mensch war: „Durch Licht und Recht ein frei Geschlecht!“

Am 16. August 1897, ich ebenfalls vor 25 Jahren, starb in Germania (Nordamerika) ein Namensvetter unseres unsterblichen Schiller, Josef Schiller, ein begabter Volksdichter und sozial-politischer Streiter für die materielle und geistige Hebung der Arbeiter. Er hätte sich von Reichenberg in Böhmen nach der „neuen Welt“ begeben, um seine angegriffene Gesundheit wieder herzustellen. Josef Schiller hat ein Menschenleben hindurch mit

begeisterter Hingebung für die Aufklärung, Freiheit und Menschenrechte gekämpft und dabei schwer gelitten und bittere Entbehrungen ertragen. Von ihm rührt unter anderem das in den Kreisen der Lichtfreunde sehr bekannte Gedicht „Der Konfessionslose“ her, welches seiner Zeit viel und mit großer Befriedigung gelesen wurde. Schiller hat das seinige zur Aufklärung und Geistesbildung der Arbeiterkreise redlich beigetragen

Diese beiden Deutsch-Amerikaner haben ihre Namen durch ihr edles Tun in der Erinnerung aller gleichstrebenden Mitmenschen unauslöschlich eingepägt

Europäisches.

Im Monat August des Jahres 1922 sind 350 Jahre entschwunden, daß die auch als Bartolomäusnacht bekannte Pariser Bluthochzeit, im Monat August 1572, stattgefunden hatte, ein weltgeschichtliches Ereignis!

Zwei deutsche Künstler, ein Musiker und ein Dichter, haben diese weltgeschichtliche Begebenheit in Kunstwerken verewigt: G. Meyerbeer in seiner großen Oper „Die Hugenotten“ und Albert Lindner in seinem Schauspiel „Die Bluthochzeit“. Größeres als den vierten Aufzug der „Hugenotten“ hat in der Oper kein Sterblicher geschaffen, selbst Richard Wagner nicht.

„Die Bluthochzeit“, welche Jahre lang Repertoire- und Zugstück der Meininger war (1874 bis 1890), und die ihren Weg auch, besonders durch Gastspiele von Ernst v. Possart und anderer großer Künstler, auf anderen Bühnen fand, legt in mehr als einer Beziehung Beweis dafür ab, daß der Geist Albert Lindners, ehe die Nacht des Wahnsinns ihre düsteren Schwingen über ihn gebreitet, Kraft und Größe genug besaß, um der tragischen Muse in würdiger Weise opfern zu dürfen.

Des glücklichen Komponisten große Oper „Die Hugenotten“, und des genialen dramatischen Dichters Albert Lindner, der kein Günstling des Glücks war, die „Bluthochzeit“, müßten auf allen Bühnen aufgeführt werden. M.-D.

Adressen-Änderungen.

2. Nachtrag zum Adressen-Verzeichnis der Auskunftserteiler („Graphische Presse“ Nr. 15 u. 24.)

Zur Beachtung! Jede Adressen-Änderung ist sofort an den Vorstandsvorstand der Lithographen und Steindruckerei, Berlin N 24, Elsaßstr. 86-88 III, zu berichten.

Breslau: (Lith. u. Steindr.) Georg Rutschke, Breslau I, Reuschestr. 28 III.

(Chemigr.) Karl Meißner, Breslau VII, Gabitzstraße 26 IV.

(Lichtdr.) Hugo Lange, Breslau, Oelsnerstr. 18.

(Photogr.) Rudolf Fischer, Breslau VI, Alsenstraße 14.

Frankfurt a. d. Oder: Willy Schönebeck, Oberweg 14.

Gera (Reuß): Otto Urban, Gera (Reuß) Uternhaus, Wilhelmstr. 29 II.

Halle a. d. Saale: Max Beyer, Bernburger Str. 3e 21.

Marburg a. d. Lahn: Heinrich Kleinberg, Okerhausen b. Marburg a. d. Lahn, Marlburger Straße.

Pforzheim i. Bad.: Wilhelm Fischer, Mühlacker b Pforzheim i. Bad., Bahnhofstr. 74.

Rhydt (Bez. Düsseldorf): (Lith. u. Steindr.) Will. Schmitz, Fuchsstr. 87 II.

(Chemigr.) Erwin Rittthaler, Friedrich-Wilhelmstr. 174.

Waldenburg-Altwasser i. Schles.: Gustav Wagner Altwasser i. Schles., Bahnhof Nr. 4 II.

Gauvorstände:

Gau II Breslau: Paul Ulbrich, Breslau, Jägerstr. 4

Tarifamt für das Deutsche Lithographie- und Steindruckergewerbe.

Gehilfen-Kreisvertreter:

Kreis XI Breslau: Paul Ulbrich, Breslau, Jägerstr. 4

Eingegangene Schriften.

Das Görlitzer Programm, Erläutert von Friedrich Stampfer. 1922. I. H. W. Dietz Nachf. Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68. Preis Mk. 3.-.

Friedrich Stampfer, der tätigen Anteil an dem theoretischen Aufbau des Görlitzer Programms nahm, hat dessen allgemeinen Teil in folgenden Abschnitten erörtert: Das Werden des Görlitzer Programms, Was ist die Sozialdemokratische Partei? Die Erkenntnisse der Sozialdemokratie: 1. Kapitalismus und Klassenkampf, 2. Hochkapitalismus nach dem Kriege, 3. Kapitalismus und Kriegesgefahren, 4. Demokratie und Arbeiterbewegung, Die Aufgabe der Sozialdemokratie, Schutz der Republik, Der Weg zum Sozialismus, An diese theoretischen Darlegungen schließt Stampfer eine kurze Auseinandersetzung der wirtschaftspolitischen, sozialpolitischen, finanzpolitischen, verfassungs- und verwaltungspolitischen, kommunalpolitischen, rechtspolitischen, kultur- und schulpolitischen und internationalpolitische Programmforderungen an.

„Im Dienste der Entente“, ein französischer Geheimbericht. (J. H. Dietz Nachf. — Buchhandlung Vorwärts Berlin SW 68, Preis Mk. 1,50)

Diese Schrift „Im Dienste der Entente“ fußt auf dem Geheimbericht Nr. 7, den Conrad Haußmann bei der Deutschen Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte nach dem französischen Originaltext herausgegeben hat. Genosse Kell gibt diesen Bericht jetzt den großen Massen der organisierten Arbeiterchaft bekannt und versetzt damit den grundverlogenen Verbreitern der „Dolchstoßlegende“ einen wirklichen Stoß ins Herz. Der Bericht stellt sich als ein Propagandamittel großen Stils gegen den machtiaberneren militaristischen Klüngel der Hergl und Helfferich dar.

Wir suchen zum möglichst sofortigen Eintritt 1 Tiefdruck-Maschinenmeister. Münchener Graphische Gesellschaft Pick & Co., Dachauerstraße 105/07.

Lichtdrucker für Schwarz und Farben gesucht Bewerbungen sind einzureichen an Tarifamt für Deutschlands Chemigraphen, Licht- und Kupferdrucker, Berlin SW. 68, Markgrafenstr. 73. III

2 tüchtige Steindruckmaschinenmeister für sofort gesucht (1 ledige wegen Wohnungsmangel bevorzugt) Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine m. b. H. Hamburg 5. Beim Strohhause 38

Tüchtiger Lichtdruck-Maschinenmeister möglichst per sofort in dauernde Stellung gesucht. Junghans & Koritzer, Meiningen.

Gesucht zu baldigem Eintritt tüchtiger Lichtdruck-Maschinenmeister für Farbendruck. Franz Hanfstaengl, München, Widenmayerstraße 18.

Tüchtigen Maschinenmeister sowie 1 perfekten Umdrucker sofort gesucht Aug. Heinecke, Kunstanstalt, Rudolstadt.

Gesucht zu sofortiger Arbeit 2 Ia Autoätzer für Maschinen, 1 Ia Farbätzer. Gesuche mit Angabe bisheriger Tätigkeit und Gehaltsforderung sind zu richten an Köhler & Lippmann, Braunschweig.

Mehrere Steindrucker für Notendruck sofort gesucht C. G. Röder, O m b H. Leipzig, Gerichtsag 5 7

Wir suchen zum möglichst sofortigen Eintritt erfahrene Offsetumdrucker für feinste Buntarbeiten in Photolith und Merkantil, und 1 tüchtigen Steindruckmaschinenmeister für farbige Qualitätsarbeiten in dauernde angenehme Stellung. Kunstdruckerei Graf & Schumacher, Düsseldorf 276.

Wir suchen einen erfahrenen Umdrucker und Steindrucker der an selbständiges Arbeiten gewöhnt ist. Vorzug ist genehmigt. Handelsdruckerei Katz, Mannheim.

Wir suchen zum möglichst sofortigen Eintritt tüchtige Offsetmaschinenmeister für Leipziger Maschine mit Rotaryanleger, sowie erfahrene Offsetumdrucker für feinste Buntarbeiten in Photolith und Merkantil und 1 tüchtigen Steindruckmaschinenmeister für farbige Qualitätsarbeiten in dauernde angenehme Stellung. Kunstdruckerei Graf & Schumacher, Düsseldorf 276.

Tüchtiger Offset-Maschinenmeister für Frankenthaler Zweifarboffset mit Rotary-Anlegeapparat, findet dauernde gut bezahlte Stellung. Antritt sofort. Wezel & Naumann, A.-G., Krefeld, Marlannenstr. 53

Kupferdrucker für alle Arten des Kupferdruckes gesucht Carl Sabo Berlin SW 48, Wilhelmstraße 133

Reproduktions-Photograph erfahrene ältere Kraft, sowie Strichätzer gesetzten Alters sofort in dauernde Stellung gesucht F. Neuburg & G. Wilms, Hamburg, Alter Steinweg 73

Jünger. Maschinenmeister, zugleich Umdrucker für Notiz Steindruckschnelldruck in gut bezahlte Dauerstellung gesucht Lth Kunstanstalt J. Rheinberger, Bad Dürkheim (Rheinpfalz)

In angenehme Dauerstellung Refuscheur für Maschinen gesucht. Kunstanstalt Staudinger, Göppingen.